

Reiner Möckelmann

Verfolgte Juden aus Südosteuropa und ihre Helfer: Schaltstation Türkei

Nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht und der Kriegserklärung Mussolinis im Sommer 1940 sowie der deutsch-italienischen Besetzung Griechenlands im Frühjahr 1941 standen den verfolgten Juden im NS-dominierten Südosteuropa keine französischen, italienischen und griechischen Häfen zur Auswanderung bzw. Flucht nach Palästina mehr zur Verfügung. Istanbul wurde in einer formell neutralen Türkei zur zentralen Transitstation und gleichzeitig Drehscheibe für den Austausch von im Deutschen Reich inhaftierten Juden gegen Deutsche in Palästina. Offizielle und inoffizielle, überwiegend jüdische Helfer setzten sich in Istanbul und Ankara selbstlos für die Verfolgten ein.¹

1 Chaim Barlas (1898–1982), um 1944

Chaim Barlas und andere engagierte jüdische Vertreter in Istanbul

In Istanbul konnte die Jewish Agency (JA) in den entscheidenden fünf Jahren von August 1940 bis September 1945 für die Leitung ihrer Außenstelle auf einen Mann namens Chaim Barlas zurückgreifen. Ihm, dem promovierten Juristen und polnisch-sprachigen früheren Leiter des Warschauer Palästinabüros ist es zu verdanken, dass Mitte November 1942 in Jerusalem erstmals Augenzeugenberichte über Vernichtungsaktionen im Konzentrationslager Treblinka bekannt wurden. Barlas war bei der Ankunft eines Transports polnischer sogenannter „Austauschjuden“ in Haifa und führte im britischen Internierungslager Atlit mit einzelnen Angekommenen mehrstündige Gespräche. Er hörte „Nachrichten über die Ermordung des polnischen Judentums, über



¹ Der Verfasser entnimmt wesentliche Aussagen seinem Buch: Reiner Möckelmann: Transit Istanbul-Palästina. Juden auf der Flucht aus Südosteuropa. Darmstadt 2023.

das Abschichten von Zehntausenden in den Ghettos, über die grausamen Taten und Gräueltaten, die einem das Blut in den Adern gefrieren lassen.“²

Die umgehend von der JA an ihre Delegierten in den Ländern der Anti-Hitler-Koalition weitergeleiteten Gesprächsprotokolle stießen die „Alliierte Erklärung zur Verfolgung der Juden“ an. Gleichzeitig in Washington, Moskau und London am 17. Dezember 1942 veröffentlicht, erfuhr die Weltöffentlichkeit daraus, dass „aus allen besetzten Ländern Juden unter den grässlichsten und brutalsten Bedingungen nach Osteuropa transportiert werden“. Und: „Die Nazis haben Polen zum zentralen Schlachthaus gemacht“.³

Die JA tat ein weiteres: Sie gründete Anfang 1943 das ‚Komitee für die Juden im besetzten Europa‘, das sogenannte Rettungskomitee, und deren wichtigste Außenstelle in Istanbul. Chaim Barlas wurde als einziger der später insgesamt mehr als zwanzig Vertreter verschiedener jüdischer Organisationen, Bewegungen und Parteien von türkischen wie auch britischen Stellen als offizieller jüdischer Vertreter anerkannt. Der bescheidene, einsatzfreudige und vorsichtige Mann sah sich verpflichtet, die jeweils geltenden Gesetze und Vorschriften strikt zu befolgen.

Barlas' Hauptaufgabe bestand in der Organisation des Transits für die in Mittel- und Südosteuropa verfolgten Juden über die Türkei nach Palästina. Den Rahmen für seine Tätigkeit bildeten die Auswanderungsmöglichkeiten vom Balkan, die türkische Juden- und Transitpolitik sowie das von der britischen Mandatsmacht Palästina im Mai 1939 verabschiedete Weißbuch. Dieses schränkte die jüdische Einwanderung nach Palästina substanziell ein. Rückwirkend ab April 1939 sah es innerhalb eines fünfjährigen Zeitraums die jährliche Einwanderung von lediglich 10.000 Juden vor. Unter besonderer Berücksichtigung von Flüchtlingskindern konnten zusätzlich 25.000 Zertifikate als Beitrag zur Lösung des jüdischen Flüchtlingsproblems erteilt werden. Ab 1945 sollte ein weiterer Zuzug nur mit arabischer Zustimmung erfolgen, um opferreiche Aufstände der arabischen Bevölkerung gegen die Mandatsmacht sowie die jüdischen Einwanderer zu vermeiden.

Deutlich erschwert wurde Barlas' Tätigkeit schon zu Beginn

² Dobkin-Report, 18. November 1942, Yad Vashem Archives, S645/26.

³ Yad Vashem, Allied Declaration on the Persecution of the Jews, <https://www.jewishvirtuallibrary.org/allied-declaration-on-persecution-of-the-jews> (zuletzt aufgerufen am 26.06.2025).

durch ein Geheimdekret der türkischen Regierung von Ende August 1938. Es bestimmte, dass nicht nur die Einreise in die Türkei, sondern auch die Durchreise von Juden aus dem Deutschen Reich, Ungarn und Rumänien zu unterbinden war. Befürchtet wurde, dass die aus diesen Staaten über rumänische Häfen flüchtenden Juden die Türkei nicht nur im Transit, sondern dauerhaft aufsuchen wollten. Folglich sah Barlas seine dringlichste Aufgabe darin, die unbegründeten türkischen Bedenken zu zerstreuen. Seine Ausgangslage schilderte er später wie folgt:

Tausende von jüdischen Flüchtlingen hingen in Kovno, Bukarest und anderen europäischen Städten fest. Sie waren im Besitz von Pässen, von Palästina-Zertifikaten und hatten die Zusage für syrische Transitvisa. Das einzige Hindernis, welches noch bestand, war das Verbot ihrer Durchreise durch die Türkei.⁴

In langwierigen Gesprächen erläuterte Barlas der türkischen Regierung das Verfahren zur Vergabe von Palästina-Zertifikaten und den Umstand, dass seit Juni 1940 die einzige Route aus Südosteuropa nach Palästina über die Türkei führe. Er sicherte den Gesprächspartnern die Übernahme sämtlicher Kosten in Verbindung mit der Durchreise zu und erklärte die Bereitschaft der JA, jede von der türkischen Regierung verlangte Geldsumme als Garantie zu hinterlegen.

Im Oktober 1940, also nur zwei Monate nach Barlas' Ankunft in Istanbul, genehmigte die türkische Regierung erstmals die Durchreise von mehreren Einzelpersonen sowie kleiner Gruppen. Da das Geheimdekret vom August 1938 und somit das generelle Transitverbot noch unverändert in Kraft war, erfolgten Durchreisegenehmigungen mittels Einzelerlassen. Aufwendig mussten sie jeweils vom Kabinett gebilligt und abschließend von Staatspräsident İsmet İnönü gezeichnet werden. Eine Besonderheit war ein Erlass von Mitte Dezember 1940, mit dem die Regierung den Transit von knapp 4.700 Flüchtlingen aus Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Holland, Frankreich und Deutschland genehmigte.

Gründe für das Umdenken der türkischen Regierung sind Barlas' Aufzeichnungen nicht zu entnehmen, sodass erst ein vollständiger, dem Verfasser nicht ermöglichter Zugang zu türkischen Archiven Aufschluss über die Hintergründe der geän-

⁴ Zitiert nach Tuvia Friling: *Between friendly and hostile Neutrality*. In: Minna Rozen (Hg.): *The last Ottoman Century and Beyond: The Jews in Turkey and the Balkans (1805–1945)*. Tel Aviv 2002, S. 332.

derten Transitpolitik geben könnte. So viel aber ist klar: Im Januar 1941 wurde das Geheimdekret durch ein Transitdekret ergänzt. Entsprechend den Vorgaben des Außenministeriums konnten nunmehr die türkischen Konsulate in den Balkanstaaten jüdischen Flüchtlingen dann türkische Transitvisa erteilen, wenn die Antragsteller Einreisevisa für Palästina, Transitvisa für die der Türkei benachbarten Länder sowie Fahrscheine und ausreichend Geldmittel vorweisen konnten.

Gerade in Barlas' Anfangszeit in Istanbul, in der das JA-Büro personell schwach besetzt war und Kontakte zu den türkischen Regierungs- und Verwaltungsstellen schnell aufgebaut werden mussten, waren die Kenntnisse und Beziehungen der jüdischen Gemeinde vor Ort besonders wichtig. Hier kam Barlas zugute, dass mehrere Mitglieder der Gemeinde kurz vor seiner Ankunft ein Arbeitskomitee für Transitflüchtlinge gegründet hatten. Dieses arbeitete eng mit dem amerikanischen Joint Distribution Committee (JDC), einer finanzstarken jüdischen Wohlfahrtsorganisation mit Sitz in New York zusammen.

Zum Istanbuler Arbeitskomitee mit dem Code-Namen „Das Großrabbinat“ zählten einflussreiche Personen, unter anderen Avraham Galante, ein angesehener jüdischer Philosophieprofessor und aktives Mitglied der Regierungspartei Cumhuriyet Halk Partisi (CHP), Sami Günzberg, der Zahnarzt Atatürks und aller führender türkischer Politiker, sowie Edmond Goldenberg, ein früherer türkischer Deutsche Bank-Direktor mit besten Beziehungen zu wichtigen Wirtschaftsführern. Auch der deutsche, als ‚nicht-arisch‘ verfolgte Pädiater Albert Eckstein, Leiter der Kinderklinik des Musterkrankenhauses in Ankara, war Mitglied. Er hatte 1935 die Leitung der Kinderklinik Düsseldorf aufgeben müssen. Dank der Behandlung von Kindern einflussreicher türkischer Politiker konnte er dem Komitee wertvolle Dienste leisten sowie JA-Vertretern aus Jerusalem politische Termine in Ankara vermitteln.

Im „Großrabbinat“ wirkte ebenfalls Marija Bauer, eine kroatisch-jüdische Zionistin. Mit ihrem Mann war sie in den 1920er Jahren aus dem kroatischen Vinkovci nach Istanbul übersiedelt. Ihre Tochter war in Zagreb geblieben, ihr Enkel Fedja dort geboren worden. Ab März 1942 bemühte Bauer sich zusammen mit Barlas um dessen Flucht und die von weiteren fünfzig jüdischen Kindern aus dem kroatisch-faschistischen, antisemitischen

2 Avraham Galante
(1873–1961), undatiert



NDH-Staat. Ausreiseanträge der jüdischen Gemeinde in Zagreb genehmigten die kroatischen Behörden ausschließlich mit der Einschränkung, dass diese nicht für in Lagern befindliche Kinder gelten. Hiermit wurden die Ausreisemöglichkeiten erheblich beschränkt, denn bereits im Herbst 1941 hatte die Ustascha-Regierung Konzentrationslager eingerichtet und eine größere Zahl von jüdischen Frauen, Kindern und Jugendlichen dorthin verbracht.

In Folge der kroatischen Verfolgungspolitik konnte Marija Bauer Mitte Februar 1943 bei der Ankunft des Sonderzugs aus Budapest unter den in Istanbul eingetroffenen 74 kroatischen und ungarischen Kindern und Jugendlichen nur elf kroatische begrüßen. Dieses enttäuschende Ergebnis ihrer einjährigen Bemühungen wurde noch dadurch übertroffen, dass sich beim Verlesen des Namens ihres Enkels ein ungarischer Junge meldete, zu dessen Gunsten Fedja von der kroatischen Liste gestrichen worden war. Fedja Franks Schicksal ist ungewiss. Er wird von Yad Vashem als Vermisster unter den Opfern der Schoa geführt.⁵ Marija Bauer zeigte ihre Charakterstärke, indem sie die Gruppe einlud und sich sozusagen als vorübergehende Poststation für Briefe aus Palästina nach Kroatien zur Verfügung stellte. Ihre karitative Tätigkeit setzte sie als Gründerin und Leiterin der Women's International Zionist Organization (WIZO) in Istanbul verstärkt fort. Sie baute ein Hilfsnetzwerk auf, zu dem auch Angelo Roncalli, der Apostolische Delegat des Vatikans in Istanbul und spätere Papst Johannes XXIII., zählte.



3 Marija Bauer (1888–1965), 1928

Angelo Roncalli, ein unorthodoxer Vatikandeleгат

Früh im Jahr 1943 hatten die JA-Rettungskomitees in Jerusalem und Istanbul angesichts der Verfolgungen und Deportationen in Polen, der Slowakei, Kroatien und Ungarn beschlossen, die Autorität des Vatikans für ihre Anliegen zu nutzen. Der Heilige Stuhl konnte und sollte seinen Einfluss auf die Regierungen der katholisch geprägten Staaten nachdrücklich zugunsten der jeweiligen jüdischen Gemeinden geltend machen. Angelo Roncalli schien der ideale Mittelsmann: Mit Zuständigkeit für

⁵ Central Database of Shoah Victims Names, <https://collections.yadvashem.org/en/names> (zuletzt aufgerufen am 26.06.2025).



4 Kardinal Angelo
Giuseppe Roncalli
(1881-1963)

Griechenland und die Türkei lebte und wirkte er von Januar 1934 bis Dezember 1944 in Istanbul.

Die Einstellung des Vatikans zur Besiedelung des britischen Mandatsgebiets Palästina kannte Roncalli gut. In den 1920er Jahren hatte Papst Benedikt XV. verschiedentlich Bedenken gegen eine jüdische Einwanderung geäußert. Er sorgte sich um die Bewahrung der Heiligen Stätten, über die die Katholiken seit Jahrhunderten mit besonderen Rechten verfügten. Die religiösen Gefühle der Katholiken würden verletzt, betonte er, wenn Palästina überwiegend den Juden überlassen würde. Roncalli dagegen hatte weniger Skrupel und war der Ansicht, dass „der Wiederaufbau des Königreichs Juda und Israel nichts anderes als eine Utopie ist“.⁶

Ein erster Kontakt Roncallis mit der JA in Istanbul ergab sich Ende Januar 1943. Anlässlich des Besuchs des Kairoer Vatikan-Delegaten, der sich auf dem Weg nach Rom befand, erhielt Chaim Barlas eine Einladung in die Apostolische Delegation. Roncalli wollte ihm dabei helfen, ein schriftliches Bittgesuch an den Vatikan zu formulieren und nach Rom bringen zu lassen. Barlas beschrieb die verzweifelte Lage der Juden in den Balkanländern und richtete an Papst Pius XII. die Bitte, auf die Regierungen neutraler Staaten einzuwirken, den Verfolgten aus den deutsch besetzten Gebieten Asyl zu gewähren. Auch möge Rom die Reichsregierung in Berlin um die Ausreise von Juden mit Palästina-Zertifikaten ersuchen. Schließlich erbat Barlas vom Papst, im Vatikansender verkünden zu lassen, dass die Kirche es als eine gute Tat betrachte, Hilfe an verfolgte Juden zu leisten. Barlas' Bittgesuch unterstrich Angelo Roncalli mit einem Begleitschreiben, in dem er das Gesuch ausdrücklich unterstützte und ergänzend vermerkte, dass die beschriebene Lage der Juden letztlich allen bekannt sei und keiner weiteren Erklärung bedürfe. Auf eine Antwort aus Rom warteten Roncalli und Barlas indessen vergeblich.

Erfolgreicher verlief eine Begegnung im März 1943, als Barlas zusammen mit JA-Exekutivmitglied Kaplan die Apostolische Delegation aufsuchte. Sie erbaten Roncallis Unterstützung zugunsten der bislang nicht von der Deportation bedrohten

⁶ Roncalli an Maglione, 4. September 1943, Actes et documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale (im Folgenden: ADSS), Bd. 9, Nr. 324, S. 469.

jüdischen Slowaken; gleichzeitig erhofften sie die Ausreise von slowakischen Kindern. Aus Rom kam die Antwort, dass der Heilige Stuhl wiederholt bei der slowakischen Regierung Vorstellungen speziell zugunsten „nicht arischer junger Menschen“ vorgenommen habe.⁷ Als Ergebnis sei die Deportation aller slowakischer Juden ausgesetzt worden. Diese Nachricht traf nicht zu, denn die slowakische Regierung unter Führung des römisch-katholischen Geistlichen Jozef Tiso hatte die erste Welle von Deportationen schon im März 1942, also vor dem Vatikan-Petition, aussetzen lassen. Sie unterblieben schließlich auch auf Druck des Vatikans bis zur deutschen Besetzung im September 1944.

Seine Bekanntschaft mit dem bulgarischen Staatsoberhaupt Zar Boris III. nutzte Angelo Roncalli im Sommer 1943. Ihn kannte er seit seinen Jahren als Apostolischer Visitator in Sofia von 1932 bis 1934. In einem Brief mit beigefügten Namen inhaftierter bulgarischer Juden bat er Boris eindringlich um deren Freilassung sowie um Ausreisegenehmigungen. Bald konnte Roncalli einer persönlich gehaltenen Antwort entnehmen, dass der Zar sich der Fälle trotz Schwierigkeiten persönlich angenommen hatte.⁸

Seinen wohl wichtigsten Einsatz leistete Angelo Roncalli nach der Besetzung Ungarns durch die deutsche Wehrmacht sowie von Gestapo-Einheiten des sogenannten Sonderkommandos Eichmann im März 1944. Zum Höhepunkt der Deportationen ungarischer Juden aus der Provinz und den für Budapest angekündigten Transporten wurde Roncalli im Juli 1944 von Großrabbiner Herzog aus Jerusalem um Weiterleitung eines Telegramms nach Rom gebeten. Herzog ersuchte die Intervention des Papstes zugunsten der zur Deportation vorgesehenen Juden beim ungarischen Reichsverweser Miklós Horthy. Die Antwort aus Rom, dass der Heilige Stuhl alles in seiner Macht Stehende unternahme, erschien Roncalli zu unverbindlich: Er richtete ein eigenes Schreiben an Horthy mit dem Gesuch um die Ausreise von 5.000 ungarischen Juden, die über Palästina-Zertifikate verfügten. Die Zahl war nicht unrealistisch, zumal Roncalli zuvor für Barlas per Delegations-Kurier mehrere Tausend Zertifikate nach Budapest versandt hatte.⁹ Diese

⁷ Maglione an Roncalli, 4. Mai 1943, ADSS, Bd. 9, Nr. 172, S. 272.

⁸ Roncalli an Boris, 30. Juni 1943, ADSS, Bd. 9, Nr. 251, S. 371.

⁹ Vgl. die Angabe bei Yad Vashem in: Chronology of Rescue by Vatican Nuncios – Rescue in the Holocaust: 19.7.1944, <https://www.holocaustrescue.org/chronology-of-rescue-by-vatican-nuncios> (zuletzt aufgerufen am

ermöglichten auch in diesem Fall einem Teil der Inhaber, der Deportation zu entgehen und die erforderlichen Ausreisegenehmigungen zu erlangen.

Laurence Steinhardt, Gegenspieler Franz von Papens in Ankara

Der Inhalt von Roncallis Kuriersendungen war den türkischen Behörden vermutlich bekannt, denn Staatsgründer Mustafa Kemal hatte den christlichen Kirchen keine Rechtspersönlichkeit und somit ihren Vertretern in der Türkei auch keinen diplomatischen Status verliehen. Roncalli verfügte also über keinen Kurierdienst mit erhöhten Sicherheitsstandards. Auch war er als Apostolischer Legat und nicht als Nuntius beim türkischen Staatspräsidenten akkreditiert, womit er keinen Zugang zu offiziellen Stellen hatte. In den Kriegsjahren kam es ihm zum Ausgleich dieses Defizits gelegen, dass er seit Jahresende 1939 für politische Informationen auf den NS-Botschafter Franz von Papen in Ankara zurückgreifen konnte.¹⁰ Dieser war ihm als gläubiger und vom Vatikan zum päpstlichen „Geheimkammerer mit Degen und Mantel“ ernannter Katholik bekannt, der im Jahre 1933 als Vizekanzler Hitlers das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl verhandelt hatte.

Das Wirken Papens im Jahre 1933 war der JA-Vertretung in Jerusalem ebenfalls bekannt; so war ihnen auch bewusst, dass er als Vizekanzler zahlreiche antijüdische Gesetze unterzeichnet hatte. Papens Name findet sich im April unter dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, dessen Paragraf 3 erlaubte, Beamte ‚nicht-arischer‘ Abstammung in den Ruhestand zu versetzen. Wenig später folgte das Berufsverbot für jüdische Kassenärzte sowie das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“, das den Zugang von jüdischen Jugendlichen zu deutschen Bildungsstätten begrenzte. Auch das „Schriftleitergesetz“, mit dem nur Journalisten mit Ariernachweis ihren Beruf ausüben konnten, wies Papens Unterschrift auf. Gleiches gilt für das Ausbürgerungsgesetz, mit dem Juden ihre während der Weimarer Republik erlangte Einbürgerung widerrufen wurde.¹¹

Papens antijüdische Einstellung erklärt, dass Roncallis

26.06.2025].

¹⁰ Reiner Möckelmann: Franz von Papen. Hitlers ewiger Vasall. Darmstadt 2016, S. 350 f.

¹¹ Ebd., S. 366.

regelmäßig geführtes Orienttagebuch von Anfang 1940 bis zu Papens erzwungener Abreise aus Ankara im August 1944 sowie die politischen Berichte an den Vatikan nach Treffen mit dem Botschafter zahlreiche Belege zu politischen, sozialen und militärischen Themen aufweisen. Indessen sind ihnen keine Hinweise zu entnehmen, wonach Papen, wie von ihm wiederholt behauptet, zugunsten verfolgter Juden in NS-besetzten Ländern intervenierte oder sich für deren Weiterreise über die Türkei nach Palästina einsetzte. Papens Versuch, Roncalli in den Nürnberger Prozessen im Jahre 1946 per Affidavit gemeinsame Rettungsaktionen bestätigen zu lassen, scheiterte: In seiner schriftlichen Erklärung verlor Roncalli kein Wort über angebliche Judenrettungen.

Tatsächlich hatte Papen in Ankara größere Hilfsaktionen geradezu verhindert, indem er sich Mitte 1943 gegen die Rettung einer großen Zahl südosteuropäischer Juden mithilfe von zwei in Istanbul internierten rumänischen Schnelldampfern aussprach. Die JA hatte geplant, Flüchtlinge aus bulgarischen und rumänischen Schwarzmeerbahnen in festgelegten Abständen abzuholen und direkt nach Palästina zu befördern. Das von der Wehrmacht besetzte Rumänien befürwortete den Plan, machte die Zusage aber von der Zustimmung Berlins abhängig. Zur Stellungnahme aufgefordert beschwor der deutsche Botschafter Chaim Barlas zufolge die Gefahr, dass „zwei rumänische Passagierschiffe, die schnellsten und modernsten, dem Feind in die Hände fallen könnten, zu einer Zeit, da es Deutschland an Schiffen mangelt.“¹¹ Papen war nicht nur der Mangel an Schiffen und rollendem Material für Kriegszwecke bekannt, sondern auch, dass dennoch wöchentlich Züge nach Auschwitz fuhren.

Seinen Antisemitismus hatte Papen bereits zuvor deutlich zu erkennen gegeben, als er Ende 1942 aus Ankara nach Berlin berichtete, dass die jüdischen Angestellten und Redakteure der Agence Anatolie auf seinen Druck hin entlassen worden seien. Ausdrücklich bezog er sich auf seinen früheren Bericht, in dem er „die Entfernung der Juden aus den türkischen Ministerien“ begrüßt hatte.¹² Dessen ungeachtet, und gegen besseres Wissen, behauptete er sein gesamtes restliches Leben lang, sich bereits als Vizekanzler Hitlers zugunsten jüdischer, vom „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ betroffener deutscher Beamter eingesetzt zu haben.

¹² Papen an das Auswärtige Amt, 11. November 1942, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes R994 G.

Der Plan zum Einsatz der rumänischen Schiffe ging auf Papens jüdischen US-Kollegen Laurence Steinhardt zurück. Nach Leitung der Moskauer US-Botschaft ab 1939 hatte der promovierte Jurist seinen Posten in Ankara Anfang 1942 angetreten. Während seiner Dienstjahre in der Türkei bis Februar 1945 war sich der überzeugte Zionist Steinhardt bei seinen Entscheidungen stets des potenziellen Konflikts zwischen amerikanischen und jüdischen Interessen bewusst. So zeigte er zu Beginn seiner Tätigkeit betont geringes Interesse an den Aktivitäten des JA-Gesandten Barlas. Auch wirkte er im Sommer 1943 auf das State Department ein, keine weiteren jüdischen Diplomaten in die Türkei zu versetzen. In gleichem Sinne intervenierte er zur Entsendung von Korrespondenten bei Verantwortlichen der New York Times, Newsweek und CBS. Die Vorsicht des Diplomaten, sein ausgeprägter Antikommunismus sowie die gewachsene Bedeutung der USA im Kriegsgeschehen verschafften Steinhardt bald Anerkennung und eine Vertrauensstellung beim türkischen Staatschef İnönü, bei Ministern und Militärs.

Seinen Einfluss bei Außenminister Menemencioglu nutzte Steinhardt trotz des an den Deutschen gescheiterten Plans zum Einsatz der rumänischen Schiffe, um sich Anfang 1944 bei diesem auf Bitten von Barlas für die Charter eines türkischen Passagierschiffes einzusetzen. Nach Umbauten hätten mit ihm mehr als tausend Flüchtlinge in mehreren Transporten vom rumänischen Hafen Constanța über Istanbul nach Palästina gebracht werden können. Der Minister erteilte seine Zustimmung; allerdings unter der Bedingung, dass die kriegsführenden Staaten freies Geleit gewähren und die USA das Schiff im Verlustfall ersetzen würden.

Steinhardt akzeptierte die Auflagen, musste aber erfahren, dass auch dieses Vorhaben an deutschem Widerspruch scheiterte. Berlin sprach sich gegen ein freies Geleit mit dem Argument aus, dass der Dampfer „nicht nur für einen Transport, sondern für mehrere Transporte zum Abtransport von insgesamt 5000 Juden gechartert sei.“¹³ Aus Berliner Sicht war im Fall einer Genehmigung der Erfolg der „Endlösung“ nicht mehr gewährleistet: Seit dem Frühjahr 1942 wurde strikt die Politik verfolgt, die Ausreise aller Juden aus dem deutschen Machtbereich, außer für sogenannte ‚Austauschjuden‘, unmöglich zu machen.

Die Bedingung der türkischen Regierung, das Schiffspro-

¹³ Aufzeichnung Thadden, 6. April 1944, Akten zur deutschen auswärtigen Politik (im Folgenden: ADAP), Serie E, Bd. VII, Nr. 320.

jekt von freiem Geleit und damit von deutscher Genehmigung abhängig zu machen, bekundete nur wenig Bereitschaft zur Unterstützung jüdischer Rettungsaktionen. Am deutlichsten erwies sich diese Haltung bei Steinhardts intensiven Bemühungen um die Heimtschaffung in Frankreich lebender Juden türkischer Herkunft. Berlin hatte sich im Herbst 1942 weniger aus Gründen des Völkerrechts als vielmehr aufgrund befürchteter Vergeltungsmaßnahmen veranlasst gesehen, die Regierungen von neutralen oder verbündeten Staaten zur Repatriierung ‚ihrer‘ Juden aus dem deutsch-besetzten Ausland aufzufordern.¹⁴ Papen wurde vom Auswärtigen Amt angewiesen, die türkische Regierung aufzufordern, umgehend 2.400 Juden türkischer Herkunft, deren Deportation bevorstand, aus Frankreich zurückzuholen.¹⁵

Nachdem die türkische Regierung bis Anfang 1944 verschiedene Ultimaten Berlins verstreichen gelassen hatte, schaltete sich Botschafter Steinhardt ein. Mehrfach intervenierte er bei Außenminister Menemenciöglu zugunsten der in Frankreich Bedrohten und übergab ihm mehrere von Chaim Barlas zusammengestellte Namenslisten Betroffener. Er bat den Minister, auf jeden Fall diejenigen Personen in die Türkei zurückführen zu lassen, von denen zumindest *ein* Elternteil Beziehungen zur Türkei hatte. Unter Verweis auf die fehlende Staatsbürgerschaft der meisten lehnte der Minister die Rückführung pauschal ab und bekräftigte erneut, dass die Türkei zu keiner Aufnahme von Juden bereit war. Steinhardts Appelle für eine großzügige Auslegung des Staatsbürgerschaftsgesetzes, für Ausnahmeregelungen oder zumindest für einen temporären Schutz von rund 10.000 der Betroffenen waren vergeblich. Die türkische Regierung genehmigte im Jahre 1943 lediglich gut hundert und im Jahre 1944 gut vierhundert Personen die Rückkehr in das Land ihrer Herkunft bzw. das ihrer Vorfahren. Die meisten von ihnen hatten das zweifelhafte Glück, für den Militärdienst geeignet zu sein.¹⁶

Ungeachtet ihrer Abwehrhaltung präsentierte sich die Türkei ab den 1990er Jahren in Artikeln, Büchern und Filmen als Nation von Judenrettern. Regelmäßig wurden vermeintlich selbstlose türkische Diplomaten vorgezeigt, die türkischstämmigen Juden in Frankreich Pässe vermittelten, sie aus französi-

¹⁴ Vgl. dazu auch das Interview mit Corry Guttstadt in diesem Heft.

¹⁵ Luther an Ankara, 12. Oktober 1942, ADAP, Serie E, Bd. IV, Nr. 42.

¹⁶ Izzet Bahar: Turkey and the Rescue of Jews during the Nazi Era. Pittsburg 2012, S. 223 und S. 155.

schen Internierungslagern befreien und ihre Deportation aktiv verhinderten. Indessen stellte Yad Vashem als Ergebnis einer Prüfung fest, dass ihre Retter-Kriterien auf keine der geschilderten Aktionen einzeln Genannter zutreffen.¹⁷ Ungeachtet dessen erfolgte noch im Jahre 2022 in einer Presseerklärung des Außenministeriums die Selbstzuschreibung der Türkei als Retter-Nation mit den Worten:

Während des Zweiten Weltkriegs hieß die Türkei viele Juden willkommen, die vor den Gräueltaten der Nazis flohen. Dank der Entschlossenheit der türkischen Regierung und der bemerkenswerten Bemühungen türkischer Diplomaten wurde eine beträchtliche Anzahl von Juden vor der Verschleppung in Konzentrationslager bewahrt.¹⁸

Selbst zur Durchreise von verfolgten Juden aus Südosteuropa nach Palästina hatte sich die türkische Regierung nach anfänglichem Zögern nur mühsam durchgerungen und größere Hilfsaktionen zu verhindern geholfen. Umso höher ist der geschilderte Einsatz der offiziellen Vertreter der JA, des Vatikans und der US-Botschaft einzuschätzen. Diese wiederum wurden bei ihren Rettungsbemühungen in vielen konkreten Einzelfällen durch das selbstlose Engagement von privaten Helfern wie Simon Brod unterstützt.

Der aufopferungsvolle Einzelkämpfer Simon Brod

Auf Kosten von Geschäft und Gesundheit setzte sich der in der Türkei geborene, erfolgreiche Textilkaufmann Simon Brod für die in Istanbul auf ihrem Weg nach Palästina überwiegend illegal angekommenen Flüchtlinge ein. Bei deren Ankunft erschien er am Bahnhof oder Hafen, sorgte für Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und Geld. Enge Kontakte zu Konsulaten, Polizei und lokalen Behörden erlaubten ihm, die Formalitäten für den Zwischenaufenthalt und die Weiterreise zügig zu erledigen. Hierbei konnte er sich besonders auf Arthur Whittal, den Leiter des britischen Passkontrollbüros in Istanbul, stützen. Dieser entstammte einer am Bosphorus verwurzelten englischen Familie.

¹⁷ Vgl. Möckelmann: Transit, S. 281 (wie Anm. 1).

¹⁸ Republic of Türkiye – Ministry of Foreign Affairs: Press Release Regarding the International Holocaust Remembrance Day, 27. Januar 2022, https://www.mfa.gov.tr/no_-30_-uluslararasi-holokost-anma-gunu-hk.en.mfa (zuletzt aufgerufen am 26.06.2025).

Ab dem Jahr 1943 war er Bindeglied zwischen dem britischen Geheimdienst MI6 und den in Istanbul wirkenden zionistischen Geheimdienstlern.

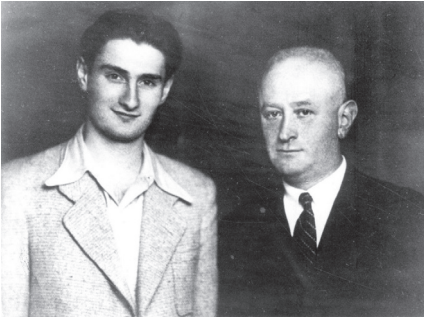
Kaum geringere Bedeutung für Simon Brod hatte Ahmet Demir, der Generaldirektor der Istanbuler Polizei. Den Polizeichef, seine Gehilfen sowie türkisches Verwaltungspersonal gewann Brod mit kleinen oder auch größeren Gefälligkeiten, einer in der damaligen Türkei „legitimen illegalen Methode“¹⁹. Geld war auch im Spiel, wenn Brod etwa die Weiterfahrt eines illegal fahrenden Schiffes erreichen musste. Der jeweilige Kapitän, Schifffahrtsagent oder Polizist war daraufhin bereit, ihm die Passagierliste auszuhändigen. Der Konsulatsstempel von Arthur Whittal verlieh der Liste die Qualität eines Sammelvisums und ermöglichte die Weiterreise nach Palästina. Dank des britischen Konsuls verfügte Brod auch über einen Bestand an Blankopässen. Nach Bedarf heftete er das Foto eines passlosen Flüchtlings in einen britischen Blanko-Pass. In Fällen der Knappheit klebte er auch die Fotos eines Mannes, einer Frau und eines Kindes ohne verwandtschaftliche Beziehungen in nur *einen* Pass. Damit verlieh er ihnen den Status einer Familie mit bevorzugter Einreise nach Palästina.

Im Fall des illegalen Flüchtlingschiffs Struma konnte sich Brod allerdings nicht auf Whittal stützen. Er musste allein handeln, als ihn der Anruf von Ahmet Demir am 16. Dezember 1941 kurz nach Eintreffen der Struma in Istanbul alarmierte. Brod fand einen völlig überfüllten, umgebauten früheren Frachtkahn vor. Mit Motorschaden und 769 Flüchtlingen an Bord war er aus dem rumänischen Hafen Constanța angelandet. Britische Regierungsstellen verweigerten 72 Tage lang hartnäckig die Weiterreise der Struma-Flüchtlinge.

Gleiches galt für die türkischen Offiziellen, die zudem den auf der Struma eng Zusammengepferchten jede Möglichkeit zum Landgang verwehrten. Simon Brod wurde zunächst jegliche Versorgung der Passagiere verweigert. Erst durch Einschalten des türkischen Roten Halbmonds konnte er nach zehn Tagen Nahrungsmittel, Getränke, Medikamente und nicht-aktuelle französischsprachige Zeitungen an Bord bringen lassen.

Als die türkische Regierung beharrlich auf der Rückkehr des fahruntüchtigen Schiffes in seinen Ausgangshafen bestand, ließen die Hafenbehörden die Struma am 23. Februar 1942 ohne

¹⁹ Rifat N. Bali: Portraits from a Bygone Istanbul: Georg Mayer and Simon Brod. Istanbul 2010.



5 Simon Brod mit David Stoliar (links) kurz nach dessen Freilassung aus dem Istanbuler Gefängnis 1942)

funktionsfähigen Motor mit Polizeiunterstützung vom Bosphorus an die Grenze der türkischen Hoheitsgewässer schleppen. Am Folgetag versenkte ein sowjetisches U-Boot, dessen Kapitän die Struma irrtümlich für einen deutschen Militärtransporter hielt, das manövrierunfähige Schiff mit einem Torpedo. Von den noch an Bord befindlichen 764 Flüchtlingen – fünf von ihnen war während der Liegezeit die Weiterreise ermöglicht worden – sowie der zehnköpfi-

gen Besatzung überlebte nur der knapp 20-jährige David Stoliar. 24 Stunden an ein Wrackteil der Struma geklammert, rettete ihn schließlich ein Fischerboot. Türkische Soldaten übernahmen und eskortierten ihn in ein Krankenhaus.

Nach seiner Gesundung verbrachte Stoliar, der mangels Palästina-Visum unter Spionageverdacht stand, knapp zwei Monate ohne Kontakt zur Außenwelt zu Verhören in einer Gefängniszelle der Polizei. Am Tag seiner Entlassung empfing und beherbergte Simon Brod ihn bis zur Weiterreise. Brods Misstrauen gegenüber dem türkischen Umgang mit illegal eingereisten Ausländern und sein Interesse am laufenden Gesundheitszustand Stoliars hatten ihn veranlasst, diesen während der Haftzeit täglich mit Essen aus einem nahe gelegenen Restaurant versorgen zu lassen. Zudem sorgte Brod einen Tag nach David Stoliars Entlassung für dessen Fahrt zur Ausgangsstation der Bagdadbahn. Dort erwartete ihn ein von Brod bezahlter Platz im 1.-Klasse-Schlafwagen, eine Vergünstigung, die dem ihn bis zur türkisch-syrischen Grenzstadt begleitenden türkischen Polizisten vorenthalten blieb.

Noch im Jahr 1944 musste Brod seine Fäden in dem berühmt-berüchtigten „Ware-gegen-Blut-Geschäft“ spinnen, dem Scheinangebot der Gestapo zur Ausreise aller ungarischen Juden gegen die Lieferung von 10 000 Lkws. Auf Eichmanns Weisung verhandelten Gestapo-Kuriere zunächst mit der JA in Istanbul. In Jerusalem wollte der JA-Exekutivrat angesichts der Massendeportationen in Ungarn keine Gelegenheit ungenutzt lassen, Hintergründe und Seriosität des Eichmann-Angebots zu überprüfen. Einmal mehr musste Brod einschreiten, um die Einreise der beiden Kuriere in Istanbul und deren Weiterreise nach Jerusalem zu ermöglichen. Das ‚Geschäft‘ erwies sich als Scheinangebot, dessen Ziel es war, einen Keil zwischen Westalliierte und Sowjets zu treiben. Monatelang beanspruchte es

die JA sowie amerikanische und britische Regierungskreise bis auf höchster Ebene.

Bereits zuvor war Simon Brod zum Ärgernis für die türkischen Behörden geworden. Im Herbst 1942 wurde er wegen Schwarzmarkthandel und Preistreiberei in Kriegszeiten angeklagt und von einem Spezialgericht zu einer hohen Geldstrafe sowie drei Jahren Gefängnis verurteilt. Dank seiner nach wie vor guten Beziehungen zum Polizeipräsidenten verkürzte sich die Haftzeit auf nur einige Wochen. Nach seiner Entlassung war er allerdings ein physisch wie psychisch gebrochener Mann. Kaum wieder in Freiheit traf ihn, wie auch die übrigen jüdischen Mitglieder des Hilfskomitees, das „Gesetz zur Vermögenssteuer“ (*Varlık Vergisi*). Einen Steuerbescheid in exorbitanter Höhe konnte Brod nur durch den Verkauf seines Wohnhauses begleichen. Mittellos geworden fehlten ihm daraufhin die Gelder, die er großzügig seit Anfang des Krieges zugunsten durchreisender Flüchtlinge verauslagt und sich überwiegend nicht hatte erstatten lassen.

Von Anfang 1940 bis Ende 1944 gelangten rund 16.000 Juden aus Südosteuropa über Istanbul nach Palästina.²⁰ Diese im Vergleich zu den Anträgen Schutzsuchender sehr geringe Zahl spiegelt in keiner Weise die jahrelangen, intensiven Hilfsaktionen der JA in Jerusalem und Istanbul wider; sie ist weitgehend deutschen Geheimdienstaktionen zuzuschreiben: Die Annahme der JA von sicheren Kontakten zu den jüdischen Organisationen in Südosteuropa trott, denn bereits seit 1941 waren der Gestapo und dem SD die aus Istanbul geheim eingeleiteten Rettungsaktionen bekannt. Sie gingen auf abgehörte Telefonate, abgefangene Telegramme und Kurierschreiben zurück, wie durch in Bukarest vom US-Geheimdienst OSS 1944 sichergestellte SD- und Gestapo-Unterlagen belegt ist. Ungewollt lieferte die JA in Istanbul der Gestapo somit Informationen, die dieser ermöglichen, größere Rettungsaktionen zu verhindern.²¹

Umso mehr zu würdigen ist der aufopfernde Einsatz aller Helfer, besonders der von Simon Brod. Sollte die Gedenkstätte Yad Vashem künftig – anders als bisher – auch den unermüdlchen und für sich und die Familie riskanten Einsatz einzelner Juden besonders würdigen wollen, so sollte Simon Brod zu den „Gerechten unter den Völkern“ gezählt werden.

²⁰ Dalia Ofer: *Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel 1939–1944*. Oxford 1990, Appendix.

²¹ Shlomo Aronson: *Hitler, the Allies, and the Jews. The Self-Defeating Mechanism of Rescue Efforts*. Cambridge 2006, S. 159 ff.

BILDNACHWEIS

Abb. 1 Ghetto Fighters House Archives

Abb. 2 Nationalbibliothek Israel, Sammlung Schwadron, Signatur Schwadron 02 03 88

Abb. 3 Museum of Brodsko Posavlje, Sig. MBP-40058

Abb. 4 WikiCommons, https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angelo_Giuseppe_Roncalli_Patriarch_of_Venezia_%281953-1958%29.JPG

Abb. 5 Central Zionist Archives, A2015-2p